

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XX, No. 4–2004

MULTIKULTURELLE AUTONOMIE IN LATEINAMERIKA

Schwerpunktredaktion: Leo Gabriel, René Kuppe

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsverzeichnis

- 4 Einleitung

- 8 RENÉ PAUL AMRY
Das Recht auf kulturelle Identität als Schranke für das Strafrecht
in Lateinamerika

- 25 LEO GABRIEL
Multikulturelle Autonomie: Ein Paradigma für
partizipative Demokratie in Lateinamerika

- 43 RENÉ KUPPE
Diskurse zur Begründung multikultureller Autonomie in Lateinamerika

- 62 GILBERTO LÓPEZ Y RIVAS
Die Autonomie der Indio-völker in Mexiko

- 74 ROBERT LESSMANN
Multikulturelle Autonomie und Nachhaltigkeit am Beispiel
der „Gewerkschaften“ der Kokabauern Boliviens

- 89 NICOLE SCHABUS
Freihandelsabkommen bedrohen indigene Rechte
Indigene Autonomie in den Amerikas oder Freihandel
mit indigenen Rechten

- 103 Rezensionen
- 109 Autorinnen und Autoren
- 110 Die letzten Ausgaben
- 111 Informationen für AutorInnen / Information for Contributors
- 112 Impressum

NICOLE SCHABUS

Freihandelsabkommen bedrohen indigene Rechte

Indigene Autonomie in den Amerikas oder Freihandel mit indigenen Rechten

Ziel des folgenden Artikels ist es, auf die wachsende Kluft zwischen der Umsetzung indigener Rechte und der Ausweitung von Freihandelsabkommen aufmerksam zu machen. Es ist wichtig aufzuzeigen, dass die Anerkennung indigener Rechte in den Verfassungen Lateinamerikas durch die Ausweitung der Zugriffsrechte multinationaler Konzerne untergraben wird. Schlussendlich wird beleuchtet, wie indigene Rechte strategisch verwendet werden können, nicht nur um indigenes Eigentum zu schützen, sondern auch um lokale Kontrolle und das Gemeinwohl sicherzustellen.

1. Rechtspluralismus nach 500 Jahren der Kolonisation

1.1 Rechtspluralismus

Nach 500 Jahren Unterdrückung und Nichtanerkennung ihrer Rechte feierten viele indianische Nationen in den 1990er Jahren die Anerkennung ihrer Rechte in den neuen Verfassungen, besonders in Lateinamerika. Auf dem Papier erkennen diese höchsten Rechtsnormen indigene Rechtssysteme und Autonomie an und läuteten damit das sogenannte Zeitalter des „Rechtspluralismus“ ein. Darunter versteht man die Koexistenz verschiedener Rechtssysteme in einem Territorium. Universitätsprofessor Dr. René Kuppe (Kuppe 1992) unterscheidet die folgenden Perioden: Von der Kolonialzeit bis zum Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wurden die Unterschiede indigener Völker zwar anerkannt, sie aber dennoch diskriminiert, unter Gutheißung des Staates und der Kirchen. In der folgenden Epoche, als die Nationalstaaten geschaffen wurden, wurden alle BürgerInnen als gleichberechtigt angesehen und keine speziellen Rechte anerkannt. De facto resultierte diese „Politik der Assimilierung“ in Programmen, die die Auslöschung indigener Kultur zum Ziel hatten. Erst in den letzten Jahrzehnten und nach Jahrhunderten des Widerstands indigener Völker sind manche Staaten auf ein „pluralistisches Modell“ umgestiegen. Dieses postuliert die Anerkennung der Rechte indigener Völker und ihren verfassungsrechtlichen Schutz. Gerade in Lateinamerika schaffen die neuen

Verfassungen, die hauptsächlich in den 1990er Jahren verabschiedet wurden, zumindest de iure einen Rahmen für indigene Autonomie und als Folge indigene Jurisdiktion. In seiner Idealform würde der Rechtspluralismus indigene Rechtssysteme gleichwertig zum bisher dominierenden Rechtssystem einordnen. Viele der neuen Verfassungen, die in Lateinamerika im letzten Jahrzehnt erlassen wurden, beinhalten aber Bestimmungen, dass indigene Rechtssysteme nur insoweit angewandt werden dürfen, als sie nicht gegen internationale Menschenrechtsstandards, die Verfassung des Staates und in manchen Fällen sogar nicht gegen einfache Gesetze verstoßen. Als Beispiel dient die kolumbianische Verfassung, die indigenes Recht wie folgt regelt: „Die Autoritäten der indigenen Völker können in ihren territorialen Bereichen gerichtliche Kompetenzen ausüben, die auf ihren Normen und Verfahren beruhen, solange diese nicht in Widerspruch zur Verfassung und den Gesetzen stehen;“ (kolumbianische Verfassung 1992). De facto ist Kolumbien sicher das Land, in dem Indianernationen die bisher substantiellste Umsetzung indigener Jurisdiktionen erwirkt haben. Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes haben indigene Jurisdiktion in vielen Bereichen aufrechterhalten, wo sich Beschwerdeführende auf die Verletzung von Menschenrechten beriefen (zum Beispiel: Corte Constitucional, 08/08/1996: 2.2.). In vielen indigenen Territorien haben sich indigene Autoritäten als die einzigen rechtssprechenden Institutionen etabliert. In viel zu vielen Fällen kommt diesen indigenen Autoritäten die Rolle zu, Morde an ihren eigenen Führern und Massaker, die von den verschiedenen kriegsführenden Parteien mit dem Motiv des Völkermords angeordnet wurden, aufzuklären und Gericht zu halten. Gerade in Kolumbien haben friedliche Massenmobilisierungen von indigenen Nationen einen wichtigen Beitrag geleistet, nicht nur zur Anerkennung ihrer Rechte, sondern auch zu deren Umsetzung. Nachdem indigene Bewegungen in den Amerikas nun die verfassungsrechtliche und höchstgerichtliche Anerkennung ihrer Rechte erwirkt haben, stellt die Umsetzung dieser Bestimmungen eine neue Herausforderung dar. In vielen Bereichen fehlt es an Umsetzungsgesetzen und viel mehr noch an politischem Willen die Regierungspolitik zu ändern. Deshalb ist es besonders wichtig, in Erinnerung zu behalten, dass auch die Anerkennung indigener Rechtssysteme nicht von heute auf morgen geschah, sondern der Mobilisierung indigener Völker bedurfte: Beginnend im Norden, wo sich 1980 mehr als tausend IndianerInnen von Britisch-Kolumbien auf den Weg in die kanadische Hauptstadt Ottawa machten, um gegen die vorgeschlagene kanadische Verfassung zu protestieren, da diese nicht auf die Rechte indigener Völker einging. Das Ergebnis in diesem Fall war Artikel 35 der Verfassung, der die angestammten Rechte indigener Völker ohne Einschränkung anerkennt. Die Bewegungen reichen bis in den Süden, wo

indigene Völker in Kolumbien 1990 von Cauca bis nach Bogotá marschierten, um ihre Forderungen für eine neue Verfassung vorzulegen. Als Folge ist die kolumbianische Verfassung heute eine der substantiellsten in Lateinamerika, besonders in Bezug auf die Anerkennung indigener Rechte.

In ganz Lateinamerika gewinnen indigene Bewegungen jedoch immer mehr an Einfluss, von Ecuador, wo der Vorsitzende der nationalen indigenen Organisation einer der Interims-Präsidenten war, bis nach Bolivien, wo indigene BäuerInnen weiterhin erfolgreich gegen die Privatisierung ihrer Ressourcen Widerstand leisten. Eines der jüngsten Beispiele ist die indigene Bewegung in Venezuela, die von Anfang an aktiv an der Verabschiedung und Umsetzung der neuen Verfassung teilgenommen hat. Diese Verfassung erkennt als erste die Conquista und Kolonisierung als Invasion an: „Vor der Invasion, Conquista und Kolonisierung durch Europa verteidigten die indigenen Völker heldenhaft ihr Land und Leben...“ (venezuelanische Verfassung 2000).

2. Mangelnde Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen

In den Americas hat das neue Millennium eine kritische Phase die Umsetzung der Verfassungsbestimmungen betreffend eingeläutet. Es formieren sich immer mehr neoliberale Gegenbewegungen, wie zum Beispiel in Venezuela, die sich offen gegen die neuen Verfassungen, die Landreform und besonders gegen Zugeständnisse an indigene Völker aussprechen. Andererseits sprechen sich diese Kräfte meistens offen für Handelsliberalisierung und mehr Rechte für Großkonzerne aus. Die Lage spitzt sich also in vielen Staaten auf einen Konflikt zu zwischen indigenen Völkern, die an der Erhaltung ihrer Rechte und dem Gemeinwohl interessiert sind, und Großkonzernen samt ihren Investoren, die sich nur an kurzfristigen Profiten orientieren. Trotz der rechtlichen Anerkennung ihrer angestammten Rechte hat sich in den letzten Jahren nur wenig an der wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung indigener Völker geändert. Während Kanada von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen weiterhin unter die ersten fünf Ländern mit dem besten Lebensstandard in der Welt gereiht wird, landeten Indianerreservate in Kanada, auf die dieselben Indikatoren angewandt wurden, auf Rang 48 und sie steigen weiter ab (Beavon/Cooke 2002). Ein Grund dafür ist, dass die kanadische Bundesregierung bis heute an ihrer umfassenden politischen Richtlinie betreffend indianische Landrechte (Comprehensive Claims Policy 1986) festhält und damit indigenen Nationen jede Möglichkeit nimmt, Zugang zu ihren Territorien und als Folge wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Ziel dieser Politik ist es indianische Landrechte auszulöschen, beziehungsweise sie in Vertragsrechte um-

zuwandeln, deren Umsetzung in historischen Fällen bis heute nicht erreicht worden ist. Diese Politik verstößt nicht nur gegen die kanadische Verfassung, die in Artikel 35 die Rechte von indigenen Völkern schrankenlos anerkennt, sondern auch gegen internationale Menschenrechte. Nach langen vergeblichen politischen Verhandlungen, die darauf ausgerichtet waren, Artikel 35 und eine neue Landrechtspolitik umzusetzen, wandten sich Indianernationen an die kanadischen Gerichte. Im Jahr 1997 erkannte der oberste Gerichtshof indianische Landrechte, in Gebieten, wo keine Verträge unterzeichnet wurden, als „Aboriginal Title“ an (Delgamuukw Entscheid 1997). Dennoch weigert sich die kanadische Regierung bis heute, diese Entscheidung umzusetzen. Wieder bleibt indigenen Nationen nichts übrig, als sich aktiv für ihre Rechte einzusetzen und sich öffentlichkeitswirksam gegen Großprojekte zu stellen, die ihre Rechte beeinträchtigen würden. In vielen Fällen resultiert dies in Verhaftungen und der Kriminalisierung von indianischen AktivistInnen, die ihre verfassungsrechtlich geschützten Rechte ausüben. Wie im Rest der Amerikas hängt es von der Stärke indigener Bewegungen ab, die Umsetzung ihrer verfassungsrechtlich garantierten Rechte zu sichern.

3. Im neuen Jahrtausend droht „Freihandel zum Quadrat“

Mit dem Beginn des neuen Jahrtausends stehen indigene Bewegungen vor einer neuen Herausforderung, die weit über die Grenzen ihrer Territorien und das Ziel der Implementierung der neuen Verfassungsbestimmungen hinausreicht. Heute sehen sich indigene Gruppen in den Amerikas von der neuesten Welle der Kolonisation und dem Freihandel auf globaler Ebene bedroht: Großkonzernen soll immer weiterer, unbeschränkter Zugriff auf natürliche Ressourcen gesichert werden. In vielen Fällen findet man diese Ressourcen in den Territorien indigener Völker, wobei multinationale Konzerne weder an die Anerkennung der Rechte indigener Völker noch an die Entgeltung von deren Eigentumsinteressen denken und aktiv auf Regierungen Einfluss nehmen um sicherzustellen, dass diese Rechte nicht umgesetzt werden. Vielmehr werden indigene Völker als Bedrohung der Investitionen in ihrem Gebiet gesehen und manche Firmen gehen sogar gewaltsam gegen sie vor (Greenpeace 2003). Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen hat historische Wurzeln: Besonders in Lateinamerika war die Ausbeutung natürlicher Ressourcen von Anfang an eines der Hauptziele der „Conquistadores“. Unter den ersten und „geschicktesten“ Ausbeutern waren Francisco Pizarro und seine Familie, die sich weite Teile des Territoriums, das heute Peru umfasst, aneigneten und Optionen für lang- und kurzfristige Investitionen ausgaben (Varon 1997: 272). Die Profite, die gestoh-

lenen Ressourcen und das Gold flossen direkt nach Extremadura, der Heimat der Pizarros, die bald sich bald von einer der ärmsten in eine der reichsten Provinzen Spaniens verwandelte. Man könnte diesen Zeitpunkt als den Beginn des „Freihandels“, aufgebaut auf die Nichtanerkennung der Rechte indigener Völker, bezeichnen. Indigene Völker wurden bis heute nie für die Nutzung ihrer Ressourcen und ihres Landes entgolten, geschweige denn in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Obwohl sich bereits in den letzten 500 Jahren viele SiedlerInnen und Nationalstaaten am Land und den Ressourcen indigener Völker bereicherten, verschwindet das im Vergleich dazu, was in diesem neuen Jahrtausend zu kommen droht. Manche KommentatorInnen sprechen von „Freihandelsabkommen zum Quadrat“ (Barlow/Clarke 2003), die nicht nur Investitionen und freien Zugang zu Ressourcen sichern, sondern sogar Wasser und indigenes Wissen zu Ressourcen machen.

3.1 Freihandelsabkommen untergraben indigene Rechte

Während indigene Völker allmählich ein System der Anerkennung und Koexistenz mit Nicht-Indigenen und deren Regierungen durchgesetzt haben, sehen sie sich nun zunehmend mit einer neuen Gefahr konfrontiert: Die Regierungen, mit denen sie die Anerkennung und Umsetzung indigener Rechte verhandelt haben, treten immer mehr ihrer Souveränität, besonders über natürliche Ressourcen, in internationalen Freihandelsabkommen ab. Internationale Konzerne gewinnen dadurch mehr und mehr Zugriff auf natürliche Ressourcen und Territorien, die indigenen Völkern zustehen. Internationale Organisationen, wie die Welthandelsorganisation (WTO) konsolidieren weiter ihren Einfluss und ihre Strukturen. Während die ersten sogenannten internationalen Handelsabkommen wie das „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT 1947) bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Kraft traten, verhinderte unter anderem der Kalte Krieg – und die entgegengesetzten Ideologien des Kapitalismus und Kommunismus – das Entstehen einer internationalen Handelsorganisation. Erst aus dem Marrakesh Vertrag (WTO 1995) ging die Welthandelsorganisation als Institution hervor, unter der heute die wichtigsten internationalen Verhandlungen zu Freihandel abgehalten werden. Die 1990er Jahre stellen also nicht nur eine wichtige Dekade für die Anerkennung indigener Rechte dar, sondern kennzeichnen auch den Übergang zu einer bedrohlichen Stärkung des internationalen Freihandelssystems. Durch neue Verhandlungsrunden und Abkommen hat die Welthandelsorganisation ihren Streitschlichtungsmechanismus weiter ausgebaut. In Fällen, in denen die Politik von Staaten für nicht konform mit internationalem Handelsrecht befunden wird, können Strafmaßnahmen bewilligt werden, die sich negativ auf

die Volkswirtschaft des betroffenen Landes auswirken. Als Folge können wir bereits sehen, wie viele Staaten, ihre Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik immer mehr internationalem Handelsrecht unterwerfen (Earth Negotiations Bulletin 2004). Bei der siebten Staatenkonferenz der Biodiversitätskonvention in Malaysia behinderten Diskussionen betreffend Konformität mit internationalen Handelsabkommen die Verhandlungen zu den verschiedensten Themen, wie Bergbiodiversität und Binnenwasser, und stellen in vielen Fällen das Ergebnis der Verhandlungen in Frage. In einem Fall resultierte das sogar in einem Verweis auf die Doha Verhandlungen, denen Priorität zugeordnet wurde. Das zeigt, dass internationales Handelsrecht nicht nur *de facto* sondern auch *de iure* immer mehr die Oberhand über alle anderen internationalen Rechtsbestimmungen gewinnt.

In denselben Verhandlungen kämpften indigene Völker für die Aufrechterhaltung und Implementierung des internationalen Prinzips des *prior informed consent* (PIC), die Vorab-Zustimmung indigener Völker zu Projekten, die in ihren Territorien durchgeführt werden oder sich negativ auf diese auswirken. Obwohl dieses Prinzip zumindest Projekte auf indigenem Land betreffend anerkannt wurde (Earth Negotiations Bulletin 2002), weigern sich die Vertragsstaaten bis heute dieses Prinzip auf den Zugriff auf indigenes Wissen, das mit Biodiversität verbunden ist, anzuwenden. Stattdessen wollen viele Entwicklungsländer den Zugriff vom Staaten-Konsens abhängig machen, in der Hoffnung, dass sie dadurch lukrative *benefit-sharing* oder Verteilungsabkommen aushandeln können. Die Diskussion um gerechte Verteilung von Gewinnen ist somit zu einem der Zentralthemen der Verhandlungen unter der Biodiversitätskonvention geworden. Immer mehr Indigene sehen den Vertrag daher als Hybrid zwischen einem multilateralen Umweltabkommen und einem Handelsabkommen, das den Zugriff auf ihre Ressourcen und sogar auf ihr traditionelles Wissen legitimieren könnte.

Das Potential für die Untergrabung indigener Rechte ist dort am größten, wo Freihandelsabkommen, wie das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA 1994), sogenannte „Investoren-Staat“-Kapitel beinhalten. Diese sehen Mechanismen vor, wie internationale Unternehmen Regierungen direkt für Enteignung oder Schädigung ihrer Unternehmen durch politische Maßnahmen verklagen können. Nur internationale Unternehmen können von diesem Mechanismus Gebrauch machen. Nationale Unternehmen können ihre eigenen Regierungen unter diesen Bestimmungen nicht verklagen. Während nationale Unternehmen und BürgerInnen der Politik ihrer Regierung unterworfen sind, können internationale Unternehmen dieselbe also wegen Enteignung oder Entwertung ihrer Investitionen klagen. Die derzeit verhandelte

Freihandelszone für die Amerikas (FTAA) würde sogar noch stärkere Mechanismen beinhalten.

In anderen Kapiteln ist vorgesehen, den freien Zugang zu natürlichen Ressourcen, zum ersten Mal auch zu Wasser, sicherzustellen. De facto hat also internationales Handelsrecht in den letzten Jahrzehnten die Oberhand über jeden anderen Bereich des internationalen Rechts, wie zum Beispiel Menschenrechte und Umweltabkommen, und auch über nationales Recht gewonnen. Obwohl manche Regierungen das nicht offen anerkennen, haben sie bereits einen Großteil ihrer Entscheidungsmacht und Souveränität über ihre Ressourcen durch die Unterzeichnung internationaler Handelsabkommen abgetreten. Dadurch bedrohen internationale Freihandelsabkommen auch direkt die Rechte indigener Völker und deren Autonomie in den Territorien. Obwohl indigene Rechte auf höchster Ebene durch Verfassungsrecht und auch internationale Menschenrechtsabkommen anerkannt und geschützt sind, werden sie von den meisten Regierungen nicht so ernst genommen wie ihre internationalen handelsrechtlichen Verpflichtungen. Als Beispiel dient der Fall einer Klage vor einem NAFTA Investoren-Staat-Tribunal: *Pope and Talbot*, ein amerikanischer Konzern, verklagte die kanadische Regierung auf hunderte Millionen Schadenersatz, da sie die Ausfuhr von Nadel-schnittholz reglementierte und dadurch den Marktzugang der Firma beeinträchtigte. Dies übte großen Druck auf die kanadische Regierung aus, die bereits ähnliche Fälle vor NAFTA-Tribunalen verloren hat. Heute ist das umstrittene Abkommen lange nicht mehr in Kraft und die kanadische Regierung setzt sich in Verhandlungen mit der US-Bundesregierung für freien Handel mit und freien Zugang zu Nadelholz ein. Dabei geht Kanada nicht auf die Rechte indigener Völker ein, obwohl der Großteil der Nadelhölzer in indigenen Territorien wächst. Zur gleichen Zeit wie *Pope and Talbot* brachte der *Carrier Sekani*-Stamm eine Klage bei der inter-amerikanischen Menschenrechtskommission ein. Darin wird argumentiert, dass die Zuteilung von Lizenzen, die internationale Konzerne berechtigen, in allen Teilen des *Carrier Sekani*-Territoriums Holz zu schlagen, gegen die indigenen Rechte verstößt, da kein Stück Wald für den Zugriff der Stammesmitglieder und für die Jagd zur Verfügung steht. Trotz dieser Klage ist Kanada nicht in besondere Verhandlungen mit dem *Carrier Sekani*-Stamm eingetreten. Obwohl der Stamm gute Chancen hat, mit seiner Klage erfolgreich zu sein, wird eine positive Entscheidung eines Menschenrechtstribunals wohl kaum etwas an Kanadas Politik ändern, Konzernen vollen Zugriff auf öffentliche und indigene Wälder zu geben.

3.2 Neue Strategien indigener Völker

Es ist also wichtig, dass indigene Völker erkennen, welche Bedrohung internationale Handelsabkommen für ihre Rechte bedeuten, und dass sie neue Strategien finden, um die Anerkennung ihrer Rechte auch vor internationalen Handelstribunalen zu sichern. Ein gutes Beispiel ist der Nadelschnittholzstreit; der erste Fall unter dem neuen Streitschlichtungsmechanismus der Welthandelsorganisation, der sich mit Subventionen für Großkonzerne beim Zugriff auf natürliche Ressourcen beschäftigt. In diesem Fall argumentiert Kanada, dass Konzerne, die mit staatlicher Bewilligung Holz auf öffentlichem Land schlagen, Quasi-Eigentumsrechte an den Bäumen haben, während sie noch im öffentlichen Wald wachsen. (Government of Canada 2002) Dies widerspricht zwar kanadischem Recht, wäre aber der einzige Weg, um die kanadische Subventionspolitik für Konzerne zu rechtfertigen. Indigene Völker in Britisch-Kolumbien erkannten sofort, dass diese Argumente nicht nur gegen kanadische Gesetze verstoßen, sondern auch gegen die Verfassung, die die Rechte indigener Völker anerkennt. Im Gegensatz zu den USA gesteht Kanada nicht allen Eigentumsrechten verfassungsrechtlichen Schutz zu, sondern nur die Eigentumsrechte indigener Völker sind von Artikel 35 der kanadischen Verfassung erfasst. Die kanadische Bundesregierung und die Provinzen weigern sich de facto aber diese Verfassungsbestimmung umzusetzen und indigene Eigentumsrechte anzuerkennen. Indigene Völker in Kanada erhalten keinerlei Entgelt für den Zugriff auf ihre natürlichen Ressourcen und Territorien und werden nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen. Indigene Völker aus ganz Kanada schlossen sich daher zusammen und reichten einen unabhängigen *amicus curiae*-Schriftsatz den Nadelschnittholzstreit betreffend bei der Welthandelsorganisation ein. Darin argumentieren sie, dass die Nichtanerkennung ihrer Rechte eine weitere Subvention für die Konzerne darstellt, da diese indigene Stämme nicht für deren Eigentumsrechte entgelten müssen. Weiters betonten sie, dass sie als Indigene Eigentumsrechte an den Bäumen haben und dass Konzerne keine Eigentumsrechte an dem Holz erwerben können, bis dieses nicht an sie abgetreten werde. Das erste Tribunal der Welthandelsorganisation nahm den *amicus curiae*-Schriftsatz der Indigenen offiziell an und lehnte Kanadas Argument die Eigentumsrechte von Konzernen betreffend ab. Dieser Fall ist von großer Bedeutung für alle indigenen Völker in den Amerikas, deren Territorien oft Ziel der Aktivitäten internationaler Konzerne sind. Es ist wichtig, dass indigene Völker ihre Rechte einfordern, da sie sonst weiterhin von den Zugriffsrechten internationaler Konzerne und von internationalen Freihandelsabkommen untergraben werden. Der Fall ist auch auf Zustimmung bei anderen Indianerstämmen in Kanada getroffen, die sich der Klage vor weiteren Instanzen der Welthandelsorganisation und der NAFTA angeschlossen haben. Die indigenen *amici curiae* sehen sich in

ihren Bemühungen als Vertreter indigener Nationen in der ganzen Welt, da die Entscheidung Präcedenzwirkung für die ganze Welt hat. Falls Kanadas Argumente erfolgreich gewesen wären, hätte dies den freien Zugriff von Großkonzernen auf Ressourcen in indigenen Territorien erleichtern können.

Besonders indigene Nationen in Lateinamerika erleben die Auswirkungen der Argumente ihrer nördlichen Verbündeten am eigenen Leib: In manchen Fällen wurden ihre Territorien von den Regierungen bereits zu Freihandelszonen erklärt. Überhaupt zählen Indianernationen schon seit Jahrzehnten zu den ersten Opfern des Wirtschaftsliberalismus. Infolgedessen könnten Indianernationen die Nichtanerkennung ihrer Rechte und das mangelnde Entgelt für ihre Eigentumsrechte in einer Vielzahl von Fällen vor der Welthandelsorganisation geltend machen. Beispiele sind Fälle zu Textilien und Bananenexporten.

4. Eine andere Zukunftsvision

Indigene Völker haben nie an den Verhandlungen von Freihandelsabkommen teilgenommen. Sie haben diese internationalen Verträge nie unterschrieben und somit nie ihre Souveränität ihre Territorien und Ressourcen betreffend abgetreten. Indigene Nationen sind somit einige der wenigen Nationen, die die Legitimation von Freihandelsabkommen in Frage stellen können. Die meisten Staaten sind bereits Teil der Welthandelsorganisation und anderer Freihandelsabkommen, durch die sie langsam die Kontrolle über ihre Ressourcen an internationale Konzerne verlieren. Ihren BürgerInnen bleibt oft nichts anderes übrig, als gegen die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen zu demonstrieren. Allein können sie diese aber nicht rückgängig machen. Nur durch die Zusammenarbeit mit indigenen Nationen, die sich für Integrität ihrer Territorien und die Erhaltung natürlicher Ressourcen für alle zukünftigen Generationen einsetzen, können nicht-indigene lokale Gemeinschaften wieder Kontrolle über ihr Gemeingut erlangen. Die Anerkennung indigener Rechte kann somit zum Instrument für die Aufrechterhaltung lokaler Interessen dienen. Weiters kann die Zusammenarbeit mit indigenen Nationen die Bewegung gegen die Unterzeichnung weiterer Freihandelsabkommen stärken. Derzeit sehen wir den Beginn der Mobilisierung indigener Völker in den Amerikas gegen die geplante Freihandelszone der Amerikas. Es wäre wichtig für alle Menschen, die in indigenen Territorien von Alaska bis nach Feuerland leben, dass sie indigene Rechte anerkennen und als positives Instrument zu verstehen beginnen. Während fast alle Regierungen in diesen Territorien derzeit das größte Freihandelsabkommen der Welt verhandeln, sind indigene Völker die einzigen autonomen Einheiten, die nicht in diese Verhandlungen einbezogen sind. Solange ihre in-

digenen Rechte und ihre Souveränität über ihre Territorien und Ressourcen aufrecht erhalten werden, können sie als letzte Instanz den Zugriff von internationalen Konzernen auf diese Ressourcen stoppen. In diesem Sinne ermöglicht die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern die Erfüllung der Vision des Pan-amerikanischen Sozialforums: Otro América es Posible!

Juristische Dokumente

- Australia – Measures affecting Importation of Salmon – Recourse to Article 21.5 by Canada*, Panel Report, World Trade Organization, WT/DS18/RW, 2000
- Delgamuukw v. British Columbia*, [1997], 3 S.C.R. 1010
- Haida Nation v. BC and Weyerhaeuser*, [2002] BCCA 147
- Haida Nation v. BC and Weyerhaeuser*, [2002] BCCA 462
- Mabo v. Queensland (n.2)* [1992] 175 CLR
- Sketchestn Indian Band v. British Columbia (Reg. of Land Titles)*, [2000] B.C.J. NO. 1916 (B.C.C.A.)
- Australia, Native Title Act (1993) Vol. 2, no. 110
- Australia, Law Reform Commission Report No 31, Recognition Of Aboriginal Customary Laws, (Canberra, Australian Government Publishing Service, 1986)
- Brazilian Constitution, 1988
- Canada, Comprehensive Claims Policy and Status of Claims, (Ottawa, Department of Indian and Northern Affairs, 2000).
- CIDOB, 1993, Proyecto de Ley de Pueblos Indígenas del Oriente, Chaco y Amazonía Boliviana, Santa Cruz
- Constitution Act of Canada, 1982, being Schedule B to the Canada Act 1982 (U.K.), 1982, c.11,
- Constitución Política de Bolivia, 1985
- Constitución Política de Ecuador, 1998
- Constitución Política de Colombia, 1991
- Constitución de la República Bolivariana de Venezuela, 1999
- Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos, con la Reforma 2001
- Constitución de Nicaragua de 1987, con Reformas de 1995
- Constitución Política de la República de Panamá, con reformas de 1978 y 1983
- Province of British Columbia, Summary Financial Statements, (Victoria, BC, Government Publishing, 2002)
- Republica de Bolivia, 1991, Proyecto de Ley de los Pueblos Indigenas del Oriente, el Chaco, La Amazonía, La Paz
- Republica de Bolivia, 1997, Ley INRA, Ley del Servicio Nacional de Reforma Agraria, Ley No. 1715, La Paz
- Like-Minded Mega-Diverse Countries (2002) Cancun Declaration, 2003, Cancun, Mexico

Internationale Dokumente

- Convention on Biological Diversity, 1992, UNEP/CBD/ 94/1;
- CBD, Notification to Indigenous and local community Organizations to submit case-studies on the Implementation of Article 8 (j) and related provisions, by Hamdallah Zedan, Executive Secretary of the CBD based on Decision V/16 of the CBD, Montreal, 2001
- UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights (1998) Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Canada. 10/12/98 E/C.12/1/Add.31, 18.
- World Trade Organization, Panel Report – Australia – Measures affecting Importation of Salmon – Recourse to Article 21.5 by Canada, WT/DS18/RW, 18 February 2000
- NAFTA (2002) Chapter 11 Arbitration between Pope and Talbot and government of Canada, Award of Damages, May 31, 2002
- Government of Canada (2002) First written Submission of Canada to the WTO panel on United States – Final Countervailing Duty Determination with Respect to Certain Softwood Lumber from Canada
- United States –Measures Affecting Imports of Softwood Lumber from Canada, BISD 40s/358, para. 346 (Feb. 19, 1993; adopted October 27th, 1993);
- United States–Measures Affecting Imports of Softwood Lumber from Canada, BISD 40S/358, para. 346 (Feb. 19, 1993, adopted Oct. 27, 1993)
- WTO (2002) United States - Preliminary Determinations with Respect to Certain Softwood lumber from Canada, Report of the Panel, WTO/DS 236/R adopted November 1st, 2002

Literatur

- Adams Lake and Neskonlith Indian Bands (1999): Land Traditions of the Neskonlith and Adams Lake Shuswap. Chase, BC: Unpublished Report NIB + ALIB.
- Alianza Aysen (2003): Reserva de Vida Antecedentes generales de la Region Aysen. O.O: o. V.
- Angastiniotis, Mario (2002): "Province of British Columbia, Canadian Rankings". Toronto: Standard and Poor's.
- The Law Reform Commission Report No 31 (ed., 1986): The Recognition Of Aboriginal Customary Laws. Canberra: Australian Government Publishing Service.
- Barlow, Maude/Clarke, Tony (2003): Making the Links: A Citizen's Guide to the World Trade Organization and the Free Trade Area of the Americas. Ottawa: The Council of Canadians.
- Barsh, Russel (2001): "Is the Expropriation of Indigenous Peoples' Land GATT-able?" In: RECIEL 10 (1), o.S.
- Beavon, Daniel/Cooke, Marty (2002): An Application of the United Nations Human Development Index to Registered Indians in Canada 1996. In: White, Jerry P./

- Maxim, Paus S./Beavon, Dan (eds.): *Aboriginal Conditions*. Vancouver: UBC Press, o.S.
- Borsdorf, Axel et al. (Hg., 1992): *Lateinamerika im Umbruch. Geistige Strömungen im Globalisierungsstress*. (Innsbrucker Geographische Studien). Innsbruck: o. V.
- Carvalho, José Carlos (2003): *Conservación Forestal y Pobreza*. Quebec: Presentación al XII Congreso Forestal Mundial.
- CIFOR (2004): *World Appetite for Beef Making Mince Out of Brazilian Rainforest According to Report from Major International Forest Research Center*. April 2nd 2004. Barang, Indonesia: CIFOR Press Release.
- Diaz-Polanco, H. (2000): *Las reformas constitucionales una caja de Pandora*. World Congress on Legal Pluralism. Arica, Chile: Commission on Legal Pluralism.
- Earth Negotiations Bulletin (2003): *Summary of the Eighth Session of the Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice of the Convention on Biological Diversity*. Montreal, Canada: Earth Negotiations Bulletin.
- Earth Negotiations Bulletin (2000): *Summary Report of the First Ad Hoc Inter-Sessional Open-Ended Working Group on Article 8(j)*. Sevilla, Spain: Earth Negotiations Bulletin.
- Earth Negotiations Bulletin (2002): *Summary Report of the Second Ad Hoc Inter-Sessional Open-Ended Working Group on Article 8(j)*. Montreal, Canada: Earth Negotiations Bulletin.
- Earth Negotiations Bulletin (2002): *Summary Report of the Sixth Meeting of the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity*. The Hague, The Netherlands: Earth Negotiations Bulletin.
- Earth Negotiations Bulletin (2004): *Summary Report of the Seventh Meeting of the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity*. Kuala Lumpur, Malaysia: Earth Negotiations Bulletin.
- Earth Negotiations Bulletin (2003): *Summary Report of the Third Ad Hoc Inter-Sessional Open-Ended Working Group on Article 8(j)*. Montreal, Canada: Earth Negotiations Bulletin.
- Engler, Mark (2004): *Bush's Uneasy Mexican Visita*. New York: Democracy Uprising.
- GRAIN and Tebtebba (2003): *Statement of the Workshop in Biodiversity, Traditional Knowledge and Rights of Indigenous Peoples*. Geneva, Switzerland: o. V.
- Greenpeace (2003): *Noranda from Canada to Patagonia. A Life of Crime*. The Netherlands: Greenpeace International.
- Greenpeace (2003): *State of Conflict. An Investigation into the landgrabbers, loggers and lawless frontiers in Pará State, Amazon*. The Netherlands: Greenpeace International.
- Grey Postero, Nancy (2000): *Bolivia's Indígena Citizen: Multi-Culturalism in a Neo-liberal Age*. o. O.: Paper prepared for the Latin American Studies Associations Session.
- Interior Alliance (2001): *Traditional Knowledge Report*. o. O.: Submitted to the International Secretariat of the Convention on Biological Diversity.

- Indigenous Peoples Council on Biocolonialism (2004): Indigenous people call for No Access Zones for Bioprospecting. Kuala Lumpur, Malaysia: Indigenous Peoples Council on Biocolonialism. Press release.
- International Chamber of Commerce (2002): Position Paper on Traditional Knowledge. Geneva, Switzerland: International Chamber of Commerce.
- IPIECA (2004): La industria del gas y petróleo: operando en entornos sensibles. London: IPIECA.
- IUCN (1994): Inter-Commission Task Force on Indigenous Peoples. Indigenous Peoples and Sustainability, Cases and Actions. Gland, Switzerland: IUCN.
- Kaimowitz, David/Mertens, Benoit/Wunder, Sven/Pacheco, Pablo (2004): Hamburger Connection Fuels Amazon Destruction. Barang, Indonesia: Center for International Forestry Research.
- Kass, Stephen L./McCarroll, Jean (2000): The Metalclad Decision under NAFTA's Chapter 11. In: New York Law Journal, 27.10.2000, o.S.
- Kuppe, René (1992): Die Anerkennung indigener Rechtsautonomie im interkulturellen Spannungsfeld. In: Borsdorf, Axel et al. (Hg.): Lateinamerika im Umbruch. Geistige Strömungen im Globalisierungsstress. Bd. 32. (Innsbrucker Geographische Studien). Innsbruck: o. V., 61-76.
- Lema, Ana Maria (1998): Pueblos Indígenas de la Amazonía Boliviana. La Paz: AIP FIDA-CAP.
- Manuel, Arthur (2002): Report on the 6th Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity. o. O.: Interior Alliance.
- Myers, Norman/Kent, Jennifer (2001): Perverse Subsidies. How tax Dollars can Undercut the Environment and the Economy. Washington: Island Press.
- NGO Working Group on the Export Development Corporation (2001): Reckless Landing II: How Canada's Export Development Corporation Puts People and the Environment at Risk. Ottawa: o. V.
- O'Malley, Martin (1976): The Past and Future Land. Toronto: Peter Martin Associates Unlimited.
- Pinkoski, Marc (2003): The Reintroduction of Social Evolutionism: The Two-fold Attack on Aboriginal Title. Dalhousie University: XXX Canadian Anthropology Conference, Panel on Indigenous Peoples and Materialist Anthropology: Representations in the Works of Steward.
- SECEX Secretaria de Comercio Exterior (ed., 2003): Exportacao Brasileira. o. O.: Ministério do Desenvolvimento, Indústria e Comercio Exterior.
- Seeland, Klaus/Schmith, Franz (eds., 2000): Indigenous Knowledge of Forests: The Use of Natural Resources. New Delhi: DK Agencies.
- Suárez, Jesús (ed., 2002): El Debate a la Constitución. Universidad de Colombia, Bogotá: Instituto Latinoamericano de Servicios Legales Alternativos.
- Tegantai (1999): La Explotación Petrolera y la Conservación de la Biodiversidad. www.oilwatch.org.ec/tengantai, Oktober 1999.
- Varon, Gabai (1997): La Ilusión del Poder. Lima: Instituto de Estudios Peruanos.

Verissimo, Adalberto et al (2002): Pólos Madeireiros do Estado do Pará. Imazon: Amazon Institute of Man and the Environment.
Walkem, Ardith/Halie, Bruce (eds., 2003): Box of Treasures or Empty Box? Twenty Years of Section 35. o. O.: Theytus Books, Pentiction Books.

Abstracts

In the last decade indigenous peoples have secured recognition of their rights in a number of the new Latin American constitutions. At the same time international trade organizations and multinational corporations have been strengthening their access rights to natural resources. Indigenous nations are therefore not only busy struggling for the implementation of their constitutionally protected rights, they are also faced with the far bigger challenge – facing up to the threat of international trade agreements. Whereas nation states are ceding more and more of their sovereignty to natural resources, indigenous peoples are looking for ways to secure recognition of their rights before international trade tribunals. And finally they are some of the few nations and peoples who are in the best position to challenge the overall legitimization of free trade agreements.

Während indigene Völker im letzten Jahrzehnt die Anerkennung ihrer Rechte in den neuen Verfassungen Lateinamerikas weitgehend erreichten, verstärkten internationale Handelsorganisationen und multinationale Konzerne ihre Zugriffsrechte auf natürliche Ressourcen weiter. Indigene Nationen sind daher nicht nur mit der Umsetzung ihrer verfassungsrechtlich anerkannten Rechte beschäftigt, sondern müssen sich der noch größeren Herausforderung – der Bedrohung durch internationale Freihandelsabkommen – stellen. Während Nationalstaaten immer mehr ihrer Souveränität über Ressourcen abtreten, suchen indigene Gruppen nach Wegen, die Anerkennung ihrer Rechte vor internationalen Handelstribunalen zu erwirken. In letzter Instanz können indigene Völker als einige der wenigen Nationen die Legitimation von Freihandelsabkommen in Frage stellen.

Nicole Schabus
International Advisor, INET
Indigenous Network on Economies and Trade,
Vancouver BC
V6B 1H7, Canada
inet@earthlink.net